

FDP-Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Stadtallendorf

Grundsatzerklärung für die Legislaturperiode 2016 bis 2021

Stadtallendorf, den 12.05.2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion hat mir die Aufgabe übertragen, die Grundsatzerklärung der FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen und dabei auch den Blick über das Parlamentsgeschehen hinaus - insbesondere auf die Wahrnehmung des kommunalen politischen Geschehens in der Bevölkerung - zu lenken.

Ich habe dabei persönlich festgestellt, dass das Geschehen in diesem Hause von den Bürgern außerhalb nur sehr eingeschränkt wahrgenommen wird.

Die Berichterstattung findet nur für Zeitungsleser in stark komprimierter Form statt.

Die Stadtverordnetenversammlung selbst verzichtet im Wesentlichen auf eigene Berichterstattung und verzichtet auch darauf, in Online-Medien oder sozialen Netzwerken ihre Arbeit darzustellen.

Das mag bequem sein, das mag auch die Verwaltung in Stadtallendorf kaum belasten, führt aber dazu, dass Bürger sich kaum informiert fühlen, sie eigentlich gar nicht mitbekommen, welche Entscheidungen für ihr tägliches Leben auch im Stadtparlament getroffen werden.

Das führt ebenso dazu, dass Bürgerinteresse nur besteht, wenn eine direkte Betroffenheit bei Entscheidungen vorliegt und – meine Damen und Herren – das führt letztlich zu solch schwachen Wahlbeteiligungen wie bei dieser Kommunalwahl.

Ich darf für die FDP-Fraktion deshalb feststellen, dass wir durch vielfältige Initiativen versuchen werden, diesen Zustand zu verbessern. Wir hoffen dabei auf Ihre Unterstützung.

Die FDP-Fraktion wird sich nicht scheuen, wieder dafür einzutreten, dass die Parlamentsarbeit Online ganz oder teilweise den Bürgern zugänglich gemacht werden soll, damit eine digitale Barrierefreiheit erreicht wird und das Interesse - insbesondere auch jüngerer Menschen - an der Kommunalpolitik verstärkt wird.

In Zeiten, in denen politische Inhalte anscheinend immer weniger eine Rolle spielen und eine Personalisierung, eine Skandalisierung der politischen Tätigkeit für einen Ansehensverlust bei Politikern sorgt, müssen neue Wege, müssen vernünftige und ehrliche Wege beschritten werden, um unsere Demokratie, auch auf kommunaler Ebene, auf tragfähige Grundlagen zu stellen.

Wir werden uns auch in Zukunft nach dem Leitspruch des 1. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland – Herrn Theodor Heuss - orientieren, der seinerzeit eindeutig und zukunftsweisend erklärte:

„Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste in der Gemeinde ist der Bürger“.

Damit ist klargestellt, dass die kleinste staatliche Organisationseinheit, nämlich die Kommune, zu stärken ist und dass die anderen staatlichen Einflüsse aus Bund, Land oder Europa, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder massiv zum Tragen kamen, zurück zu drängen sind.

Das war ein sehr kluger Rat des ersten Bundespräsidenten, welcher heute nichts an Aktualität verloren hat, ja sogar immer wichtiger wird.

Die politische Organisation unseres Staatswesens muss wieder vom Kopf auf die Beine gestellt werden und eine massive Stärkung der Kommune, insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung, erfolgen.

Und im gleichen Atemzug ist natürlich zu nennen, dass das Wichtigste in der Gemeinde der Bürger ist.

Insoweit ist bedeutsam, jedem, der politisch tätig ist, aber auch der Verwaltung klar zu machen, dass die gemeindlichen Organisationseinheiten allesamt Dienstleister der Bürger sind.

Jeder kommunalpolitisch Tätige und jeder in der Verwaltung Tätige hat sich bei seinem Handeln darüber bewusst zu sein, dass z.B. sämtliche Gelder, die verwaltet werden, zunächst erwirtschaftet werden müssen und dann von den Bürgern beispielsweise über den Anteil an der Einkommensteuer oder von den Unternehmen, durch Gewerbe- und andere Steuern, zu treuen Händen dem Staat und damit der Kommune überwiesen werden.

In diesem Zusammenhang – so ist mir berichtet worden – wurde in den letzten Jahren viel Pionierarbeit in Stadtallendorf geleistet.

Für die FDP-Fraktion ist es folgerichtig unerlässlich, dass es keine „Denkverbote“ geben darf.

Das Verwaltungshandeln und auch das politische Handeln müssen jederzeit transparent auf den Prüfstand gestellt werden und es darf und kann nicht sein, dass von vorneherein sich einige Akteure einer objektiven vernünftigen Überprüfung verweigern.

Für die FDP-Fraktion ist und bleibt klar, dass Gebühren und Steuererhöhungen nicht in Betracht kommen.

Wir gehen nach wie vor davon aus, dass im Verwaltungshandeln, bei den einzelnen Fachbereichen und auch bei den Eigenbetrieben

genügend Potential vorhanden ist, um weitere Belastungen für Bürger, Handel, Gewerbe und Industrie zu vermeiden.

Wir wissen, dass wir in diesem Hause nicht die einzigen sind, die so denken und nehmen schon jetzt die subtilen Vorgehensweisen des einen oder anderen Amtsleiters mit Interesse zur Kenntnis.

Für die FDP-Fraktion steht fest – das hatte ich ja bereits erwähnt –, dass es Denkverbote angesichts unserer Haushaltslage nicht gibt.

Welche Lösungen am Ende bei einer vernünftigen objektiven Betrachtung und Bewertung stehen, ist ein ganz anderes Kapitel, das sollte dann sinnvoll diskutiert und beschlossen werden.

Wenn wir nämlich die weiteren anstehenden Projekte zur Entwicklung Stadtallendorfs seriös angehen wollen, müssen Verwaltung und auch die parlamentarischen Gremien wahrheitsgemäß, objektiv und richtig informiert sein, um die richtigen Zukunftsentscheidungen zu treffen.

Wenn beispielsweise eine weitere Querung der Bahnlinie angestrebt wird – und ich habe den Wahlaussagen der anderen Parteien entnommen, dass dies mittlerweile allgemeiner Konsens ist und demnächst angegangen werden soll – muss hierfür Zeit und Geld vorhanden sein.

Für die FDP-Fraktion ist klar, dass wir hier nicht „ins Blaue hinein“ planen dürfen, sondern schon feste Kriterien, feste finanzielle Vorgaben auf einer guten soliden Basis beschließen müssen.

Wir werden hoffentlich die Klage gegen das Land Hessen nunmehr entscheidend vorantreiben.

Für die FDP-Fraktion ist klar, dass nicht bis zum Jahresende gewartet werden soll, bis die Klagen nunmehr endgültig eingereicht werden.

Wir meinen, dass eine zeitnahe Klageeinreichung, die dann hoffentlich auch eine zeitnahe Entscheidung des Hessischen

Verwaltungsgerichtshofs herbeiführt, Stadtallendorf nützt und wir damit von den unberechtigten Strafzahlungen, die die Hessische Landesregierung Stadtallendorf auferlegt hat, entlastet werden.

Für die FDP-Fraktion ist klar, dass ein Gewerbegebiet Nordost wesentlich schneller und professioneller zu vermarkten ist, als dies derzeit geschieht.

Die FDP-Fraktion wird sich für eine offensive Vermarktungsstrategie einsetzen und zusätzlich für eine zügige Erweiterung dieses Gewerbegebietes.

Die entscheidenden Impulse für den Aufstieg Stadtallendorfs haben Politiker und auch die ortsansässigen Menschen und Firmen vor nunmehr ca. 60 Jahren gelegt.

Einen weiteren wichtigen Entwicklungsschub hat es – außer dass qualifizierte Beschäftigte nach Stadtallendorf gekommen sind – in den Folgejahren kaum noch gegeben.

Für die FDP-Fraktion stellt der sich abzeichnende Autobahnanschluss im Bereich des Gewerbegebietes eine wichtige Initialzündung dar.

Hier kann etwas Ähnliches wachsen und gedeihen wie dies vor mehreren Jahrzehnten in Stadtallendorf begann und Stadtallendorf sehr gut getan hat.

In diesem Zusammenhang bleibt darauf hinzuweisen, dass wir mit aller Macht und öffentlichkeitswirksam die Hessische Landesregierung bei dem Thema Ausbau der B 454 stellen müssen.

Nach alledem, was mittlerweile erkennbar ist, scheint man sich in der Hessischen Landesregierung aus CDU und Grünen darüber einig zu sein, dieses Thema hintenan zu stellen und nicht voran zu treiben.

Es scheint sich um eine typische Koalitionsvereinbarung zu handeln, die zwar eine politische Macht auf Landesebene sichert, letztlich aber Stadtallendorf schadet.

Die FDP-Fraktion wird daher gerade in diesem Punkt nicht locker lassen, wir wollen den richtigen zügigen Ausbau der B 454 unter Beachtung der Interessen der Anwohner.

Wir werden nicht akzeptieren, dass dieses Thema durch die Hessische Landesregierung verschleppt wird und wir dann später ziemlich unvorbereitet einen nicht richtig funktionierenden Autobahnanschluss verkraften müssen.

Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass im Innenstadtbereich durch die Fertigstellung des Edeka-Marktes für viele Investoren, Eigentümer und Gewerbetreibende eine neue Chance besteht, die Innenstadtsituation im Sinne von Kundenfreundlichkeit, Angebotsvielfalt und Lebensqualität zu verbessern.

Insoweit wird die FDP-Fraktion jede sinnvolle Verbesserung in der Innenstadt auf jeden Fall unterstützen.

Stadtallendorf ist mittlerweile zu einem stattlichen Gemeinwesen herangereift, wir haben seit der Nachkriegszeit in Stadtallendorf es vermocht, vielen Menschen eine neue Heimat zu bieten. Dies ist in wesentlichen Punkten geräuschlos geschehen, es gab kaum Konflikte zwischen sogenannten Altbürgern und Neubürgern oder Einwohnern und wir sind zuversichtlich, dass dies in Zukunft so weitergehen wird.

Gerade vor diesem Hintergrund halten wir es als FDP-Fraktion für erforderlich, dass jederzeit über die Belegung der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen informiert wird. Wir halten es für sehr wichtig, dass offen und transparent und aufrichtig informiert wird, dass die Menschen in Stadtallendorf jederzeit wissen, in welchem Umfang die Erstaufnahmeeinrichtungen belegt sind, in welchem Umfang Zweitaufnahmen erfolgt sind und inwieweit es tatsächlich stimmt, dass in Stadtallendorf keine erhöhte polizeiliche Präsenz erforderlich ist, weil die Unterbringung der Menschen im Wesentlichen problemlos erfolgt.

Diese Forderung ist kein Selbstzweck.

Diese Forderung hat den Sinn, den Vorbehalt von einzelnen politischen Gruppierungen aber auch einzelner Menschen entgegenzuwirken.

Wenn in Stadtallendorf wahrhaftig, ehrlich und aufrichtig informiert wird, wird den Verschwörungstheorien, die manch einer gerne in die Welt setzt, jegliche Nahrung entzogen.

Menschen wissen dann, dass Stadtallendorf eine aufnahmefähige und funktionierende Kommune ist, sie haben insbesondere nicht mehr den Eindruck, man habe sie nicht wahrheitsgemäß informiert und eben dadurch nicht ernst genommen.

Für die FDP-Fraktion ist es klar, dass wir in Stadtallendorf in den nächsten Jahren mit Menschen aus dem Erstaufnahmelager zusammen leben müssen.

Die FDP-Fraktion ist sich sicher, dass die Menschen in Stadtallendorf, die ja seit Jahrzehnten mit dem Zuzug unterschiedlichster Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen leben, auch diese Aufgabe bestehen und positiv annehmen.

Meine Sehr verehrten Damen und Herren,

die FDP hat im Kommunalwahlkampf damit geworben, dass sie für vernünftige Regelungen jederzeit offensteht.

Vernünftige Regelungen sind nur möglich, wenn die politischen Akteure auch berechenbar und verlässlich sind.

Schon in der Grundsatzklärung der FDP-Fraktion zur Legislaturperiode 2011 bis 2016 wurde besonderer Wert darauf gelegt, dass die FDP-Fraktion für die anderen Fraktionen jederzeit berechenbar ist und bleibt.

Sie können sich darauf verlassen, dass wir keine „schrägen Winkelzüge“ in die Wege leiten werden.

Sie können sich aber auch darauf verlassen, dass wir jede andere Fraktion beim Wort nehmen und uns darauf verlassen, was dort beschlossen, besprochen, zugesichert oder verlautbart worden ist.

Wir, die FDP-Fraktion, werden nicht heute etwas anderes sagen, als wir morgen tun, wir erwarten aber auch – beispielsweise bei Fragen der Haushaltskonsolidierung – das dass, was uns in der vorigen Woche gesagt wurde, nicht wenige Tage später ins Gegenteil verkehrt wird.

Derartige politische „Wendemanöver“ behindern die Kommunalpolitik, sie säen nur Zwietracht und Unglaubwürdigkeit.

Abschließend freue ich mich persönlich auf die bevorstehende politische Arbeit.

Ich hoffe, dass auch über die Fraktionen hinaus eine offene konstruktive Zusammenarbeit, vielleicht sogar auch mit den Parlamentsneulingen möglich ist.

Wir haben viel zu viele wichtige und anspruchsvolle Herausforderungen zu bestehen, als dass wir uns gegenseitig durch Fraktionstaktik oder unverlässliches Handeln gegenseitig bremsen.

Die FDP-Fraktion jedenfalls will Stadtallendorf voranbringen.

Wir wissen dabei, dass wir auf Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen angewiesen sind und wir wünschen daher eine verlässliche sachorientierte Stadtpolitik.

In diesem Sinne, lassen Sie uns gemeinsam für Stadtallendorf nach vorne blicken und mit einer guten Arbeit beginnen.

Dankeschön.